

Mehr Professionalität in den Bezirken

Die BezirksvertreterInnen brauchen mehr Unterstützung für ihre wichtige lokale Arbeit. Die meisten können nur wenige Termine tagsüber wahrnehmen, weil sie berufstätig sind. Die Einführung von hauptamtlichen „BezirksrätInnen“ (etwa öffentlicher Raum, Verkehr, Soziales) wäre sinnvoll. Dafür sollte der 2. Bezirksvorsteherstellvertreter eingespart werden. Damit wäre diese Reform kostenneutral.

Demokratisierung des Wahlrechts

BezirksvorsteherInnen sollen von der Mehrheit der BezirksvertreterInnen gewählt werden. Derzeit reicht es aus, dass die stärkste Partei einen Wahlvorschlag einreicht, der von der Mehrheit der eigenen Bezirksräte gewählt wird. Im 1. Bezirk sind das 13% der BezirksvertreterInnen – die Mehrheitsfraktion hält derzeit bei 25,7% der Stimmen.

Mehr Fokus auf ArbeitnehmerInnen

In einigen Innenstadtbezirken ist die Zahl der dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen höher als die der EinwohnerInnen. Im 1. Bezirk kommen auf eine/n BezirksbewohnerIn sieben ArbeitnehmerInnen, im 9. ist das Verhältnis 1:1,4 und in Neubau 1:1,2. Die politische Vertretung wird jedoch ausschließlich von den BewohnerInnen, sofern EU BürgerInnen, gewählt. Es muss daher mehr auf die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen eingegangen werden.

Alle sollen teilnehmen

Demokratiereformen und politische Beteiligungsinstrumente müssen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegenwirken. Sie sollen die gleiche Teilnahme aller ermöglichen. Um auch ausgegrenzte Gruppen anzusprechen und nicht wie jetzt nur die gut gebildeten und artikulationsstarken, sind in Beteiligungsverfahren geeignete Themen und Methoden zu wählen. Dazu braucht es entweder neue Institutionen, die gleiche Beteiligung ermöglichen, oder zusätzliche Unterstützung für bereits vorhandene Institutionen wie z.B. Gebietsbetreuung, Jugendzentren und Mieterbeiräte.

Wiener Wahlen 2015

1.327.311

Bei den Wiener Bezirksvertretungswahlen 2015 waren 1.327.311 Menschen wahlberechtigt, die Beteiligung lag bei 67,4%. Bei den Gemeinderatswahlen 2015 waren jedoch nur 1.143.076 Wahlberechtigte, davon gingen 74,75% wählen.

DAS REGIERUNGSPROGRAMM IM AK CHECK

Ehrgeizig, aber wenig konkret

Das neue Regierungsprogramm der Wiener Stadtregierung spricht zahlreiche Punkte an. „Wien wächst“ und die daraus resultierenden Herausforderungen sind das zentrale Thema. Es fehlt jedoch häufig an Umsetzungs- und Realisierungshorizonten.



Bildung: Ausbau von Ganztageschulen und Tagesbetreuungen. Kinderbildungs- und -betreuungsplätze soll es für jedes Kind unabhängig von Alter und der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern geben.

Wirtschaft: Das Bestbieter-Prinzip soll angewendet werden. Auch für die Goldene Regel will sich die Stadt einsetzen.

Wohnbau: In Wien sollen 10.000 neue Wohnungen pro Jahr entstehen, vor allem geförderte Wohnungen.

Mobilität: Wien verspricht ein besseres S-Bahn-Angebot mit kurzen Zugintervallen, die Einführung einer Halbjahreskarte wird überprüft.

Arbeit und Soziales: Die „Wiener Ausbildungsgarantie“ soll weiterentwickelt werden. „Gute Arbeit“ soll das Ziel sein.

Gesundheit: Anspruch aller Menschen auf bestmögliche medizinische Versorgung. Dem Privatisierungsdruck im Gesundheitssystem soll standgehalten werden.

Politisches System: Neue Vorschläge zur Zusammenarbeit von Gemeinde und Bezirken sollen erarbeitet werden.

Bildung: Die Verkleinerung der Gruppengröße und des Betreuungsschlüssels in der Elementarbildung fehlt genauso wie der Ausbau der FH Studienplätze und die Förderung nichttraditionell Studierender.

Arbeit und Soziales: Arbeitsmarktpolitische Vorhaben bleiben weitgehend unbestimmt. Wie Benachteiligte besser über das Sozialsystem informiert werden, bleibt unklar.

Wirtschaft: Nur vage Aussagen zum aufgabenorientierten Finanzausgleich und zur Schaffung finanzieller Grundlagen für Infrastrukturinvestitionen.

Wohnbau: Die interne Zielvorgabe von 7000 geförderten Wohnungen pro Jahr unterscheiden sich nicht vom aktuellen Stand. Die Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ wird nicht näher konkretisiert. Auch Aufteilungsschlüssel zur Neubauleistung und die Anwendung städtebaulicher Verträge fehlen.

Mobilität: Ohne Aufwertung der koordinierenden Institutionen erscheint eine gute Verkehrspolitik in der Region nicht umsetzbar, keine Erwähnung des Bestbieterprinzips bei den Verhandlungen zu den Verkehrsdienstverträgen.

Gesundheit: Keine Erläuterung, wie die Arbeitsbelastung der KAV-MitarbeiterInnen besser verteilt werden soll.